

Nr. 18/149**Rechtsextremistischem Gedankengut gemeinsam mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten, rechtsextremistische Täter konsequent strafrechtlich verfolgen, Solidarität mit den Opfern und umfassende Transparenz staatlichen Handelns**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und DIE LINKE
vom 13. Dezember 2011
(Drucksache 18/172)

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt:

Wir trauern um alle Opfer von rechtsextremistischer, rassistischer und antisemitischer Gewalt und bedauern den Verlust von Enver Şimşek und Abdurrahim Özüdoğru aus Nürnberg, Süleyman Taşköprü aus Hamburg, Habil Kılıç aus München, Yunus Turgut aus Rostock, Ismail Yaşar aus Nürnberg, Theodoros Boulgarides aus München, Mehmet Kubaşık aus Dortmund, Halit Yozgat aus Kassel und Michèle Kiesewetter aus Heilbronn, die Opfer der feigen Mordserie der NSU geworden sind.

Wir fühlen mit den Angehörigen der Opfer, die geliebte Menschen verloren haben. Die Unbegreiflichkeit des Geschehenen, die jahrelange Ungewissheit über Täter und ihre Motive und die teilweise damit verbundene Kriminalisierung der Opfer waren und sind eine schwere Belastung für die Betroffenen.

Wir sind zutiefst beschämt, dass nach den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt.

Wir stehen ein für ein Land, in dem alle Menschen ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen – zwei Städte, in denen Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind.

Wir werden rechtsextremistischem und rassistischem Gedankengut in allen gesellschaftlichen Bereichen weiterhin gemeinsam mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten und die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung vertieft fortsetzen. Dazu ist eine umfassende Analyse auch der gesellschaftlichen und sozialen Ursachen unverzichtbar; aus Fehlern müssen die richtigen Schlüsse gezogen und umgesetzt werden.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass rechtsextremistische Täter und rassistische Taten konsequent strafrechtlich verfolgt werden und dass Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Anfeindungen sowie Angriffe Solidarität und Unterstützung erfahren.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass staatliche Maßnahmen zur Beobachtung und Verfolgung rechtsextremistischer Vereinigungen größtmöglicher Transparenz und rechtsstaatlicher Kontrolle unterliegen.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Organisationen, Netzwerke und Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung von Minderheiten engagieren, die notwendige Unterstützung erhalten. Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre, die ermutigt, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt das Wort zu erheben. Rechtsextremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden. Ein zentraler Schlüssel hierzu ist ein rechtsbeständiges Verbot der NPD. Dies wird von uns angestrebt. Aus den öffentlich zugänglichen Quellen ist die Verfassungsfeindlichkeit der NPD ersichtlich. Fraglich war bisher allerdings, ob der Einsatz von

V-Leuten der Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder in der NPD ein Verbot unmöglich machen. Deshalb fordern wir die Länder und die Bundesregierung auf, auf den Einsatz von V-Leuten in der NPD, soweit für ein erfolgreiches Verbot notwendig, zu verzichten.

Die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an Parteiverbote sind zu berücksichtigen; ein erneutes Scheitern in Karlsruhe ist unbedingt zu vermeiden.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Nr. 18/150

Geheimdienste demokratisch kontrollierbar machen Nazi-Mordserie umfassend aufklären

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 7. Dezember 2011
(Drucksache 18/156)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/151

Maßnahmen zur Reduzierung von Fluglärm

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 9. November 2011
(Drucksache 18/116)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die vorgeschriebenen Nachtflugbeschränkungen einzuhalten und nur in zwingenden Ausnahmefällen Nachtflüge zu genehmigen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Flughafengebührenordnung derart zu ändern, dass höhere Zuschläge für Starts und Landungen in der Nachtzeit erhoben werden. Zudem sollen neben den Schadstoffemissionen auch zukünftig die Gebühren abhängig von den Lärmemissionen der Flugzeuge bemessen werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, zukünftig transparent darzulegen, welche Nachtflüge aus welchen Gründen genehmigt wurden bzw. auch die Anzahl der abgelehnten Nachtflüge offenzulegen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich für größtmögliche Transparenz der Sitzungen der Lärmschutzkommission des Flughafens einzusetzen und zu ermöglichen, dass die Fluglärmkommission künftig öffentlich tagt.

Nr. 18/152

Ombudsperson an den Hochschulen im Land Bremen einführen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 9. November 2011
(Drucksache 18/117)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

- zu prüfen, ob und wie bestehende Angebote und Anlaufstellen an Hochschulen im Land Bremen dort jeweils für Studierende sinnvoll gebündelt werden können;
- einen Vorschlag zu unterbreiten, wie möglichst innerhalb der bestehenden Ressourcen die Einsetzung einer Ombudsperson rechtlich verbindlich geregelt werden kann;
- der Bürgerschaft (Landtag) bis Februar 2012 entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Nr. 18/153

Erleichterung und Vereinfachung von Familienbesuchen für Migrantinnen und Migranten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. November 2011
(Drucksache 18/134)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für eine Neuausrichtung der Einreisepolitik einzusetzen, die die Vorgaben der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rats vom 29. April 2004 berücksichtigt und umsetzt, und damit deutschen Staatsangehörigen Besuche von Familienangehörigen ohne Visumpflicht ermöglicht, auch wenn die oder der Angehörige kein Unionsbürger/keine Unionsbürgerin ist.
2. sich ferner auf Bundesebene für den Wegfall einer Visumpflicht für Familienbesuche türkischer Staatsangehöriger einzusetzen.
3. unter Beteiligung des Bremer Rats für Integration Vorschläge für weitere Herkunftsländer zu unterbreiten, bei denen eine Visumpflicht für Familienbesuche entbehrlich erscheint, und diese Vorschläge in die Bundesinitiative mit einzubeziehen.
4. zu prüfen, inwieweit auf kommunaler und Landesebene unbegründete Hürden im Verfahren zur Visumserteilung insbesondere bei Familienbesuchen abgebaut und die Voraussetzungen zur Visumserteilung im Interesse der in Bremen lebenden Migrantinnen und Migranten vereinfacht werden können sowie in Bremen zukünftig bei der Anwendung des Merkblatts zur Bonitätsprüfung mit Augenmaß vorzugehen und bei Ablehnungen der Visaanträge diese nachvollziehbar zu begründen.
5. der Deputation für Inneres bis zum 30. April 2012 zu berichten.

Nr. 18/154

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2011
(Drucksache 18/152)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/155

Gesetz zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes und der Bremischen Hafenordnung

Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2011
(Drucksache 18/153)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/156

Überlange Verfahren

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 2011
(Drucksache 18/118)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/157

Opferentschädigung bei Stalking

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. November 2011
(Drucksache 18/120)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/158

Ansprüche für Opfer von Straftaten auf staatliche Entschädigung besser umsetzen und erweitern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. Dezember 2011
(Drucksache 18/178)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. zu prüfen, inwieweit die Handhabung der für die Umsetzung der Ansprüche aus dem Opferentschädigungsgesetz zuständigen Behörden und Gerichte den Vorgaben des Abschlussberichts des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ vom 30. November 2011 entspricht, insbesondere sicherzustellen,
 - a) dass die für die Beratung und Entscheidung über Leistungen nach dem OEG zuständigen Bediensteten über hinreichende Expertise im Hinblick auf Psychotraumatologie und den Umgang mit Traumatisierung verfügen;
 - b) dass Leistungen bei Bedarf in ausreichendem Maße und Umfang auch vorläufig bewilligt werden;
 - c) dass Entschädigungen auch unabhängig davon bewilligt werden, ob das Gewaltopfer die Tat angezeigt hat und unabhängig davon, ob der Täter in einem Strafverfahren rechtskräftig verurteilt worden ist, wenn es kein Anzeichen dafür gibt, dass die behauptete Gewalttat nicht stattgefunden hat;
 - d) dass bei der Beurteilung der Ansprüche nach dem OEG kompetente Gutachterinnen und Gutachter eingesetzt werden;
 - e) dass das gesamte Verfahren opferschonend gestaltet und opferschonende Antragsformulare verwendet werden.
2. sich auf Bundesebene für die Aufnahme weiterer Tatbestände wie der Freiheitsberaubung (§ 239 StGB) und der Nachstellung (§ 238 StGB) als Anspruchsvoraussetzung in das Opferentschädigungsgesetz einzusetzen und entsprechend den Empfehlungen des Abschlussberichts des runden Tisches im Interesse der Opfer auf umfassende Entschädigung und zügigen opferschonenden Ablauf zu reformieren.
3. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb eines halben Jahres über das Erreichte zu berichten.

Nr. 18/159

Kinderschutz verbessern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. November 2011
(Drucksache 18/121)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/160

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 3 (Petition L 17/831) vom 4. November 2011

(Drucksache 18/104)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petition L 17/831 wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/161

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 4 vom 7. Dezember 2011

(Drucksache 18/159)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/162

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Geschwindigkeitsmesstafeln wirksam fördern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. Dezember 2011
(Neufassung der Drucksache 18/139 vom 24. November 2011)
(Drucksache 18/174)
2. Öffnung der Stadtbibliotheken an Sonntagen ermöglichen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. November 2011
(Drucksache 18/142)
3. Sonntagsöffnung der Bibliotheken ermöglichen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. Dezember 2011
(Drucksache 18/164)
4. Sanierungsvereinbarung zwischen dem Land Bremen und den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zur Umsetzung und Einhaltung des Konsolidierungskurses 2010/2020
Mitteilung des Senats vom 29. November 2011
(Drucksache 18/148)
5. Haushaltseckwerte auch für Investitionen in Bildung, soziale Teilhabe und öffentliche Strukturen korrigieren!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 7. Dezember 2011
(Drucksache 18/157)
6. Gesetz über die Erhebung einer Tourismusabgabe
Mitteilung des Senats vom 8. November 2011
(Drucksache 18/110)
2. Lesung
7. Gesetz über die Erhebung einer Tourismusabgabe
Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 13. Dezember 2011
(Drucksache 18/176)

